



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 6
10.02.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>GMS</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 33 %, SPD zwischen 32 % und 29 %
----------------	--

Kanzlerpräferenz:	Merkel und Schulz gleichauf
-------------------	-----------------------------

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Allgemeine Lebenslage:	Bürger gespalten bezüglich der Entwicklung im Land Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
------------------------	--

Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik
-------------------------	--------------------

Wichtigstes Thema:	US-Präsidentschaft Donald Trump, Wahl in den USA
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	GMS²
CDU/CSU	34 (-1)	33 (-)	33 (-3)
SPD	31 (+5)	32 (+3)	29 (+9)
FDP	5 (-1)	6 (-)	6 (-1)
DIE LINKE	8 (-1)	8 (-)	8 (-2)
B'90/Grüne	8 (-)	7 (-1)	9 (-1)
AfD	10 (-1)	10 (-1)	11 (-2)
Sonstige	4 (-1)	4 (-1)	4 (-)
Erhebungszeitraum	30.01.-03.02.	02.-08.02.	02.-08.02.

Die Union liegt bei GMS 4 (-12), bei forsa 3 (-6) Prozentpunkte und bei Emnid 1 (-3) Prozentpunkt vor der SPD.

Die SPD liegt bei Emnid bei 32 %. Dies ist der höchste Wert seit April 2006.

Die Grünen liegen bei Emnid bei 7 %. Dies ist der niedrigste Wert seit September 2013.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	37 (-5)
Schulz	37 (+4)
Erhebungszeitraum	30.01.-03.02.

Angela Merkel und Martin Schulz liegen bei der Kanzlerpräferenz gleichauf.

83 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 8 % (-) Schulz. Von den CSU-Anhängern würden sich 73 % (+1) für Merkel und 14 % (+1) für Schulz entscheiden.

78 % (+6) der SPD-Anhänger präferieren Schulz und 14 % (-6) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (12.02.2017)

² im Vergleich zur KW 1

Problemlösungskompetenz

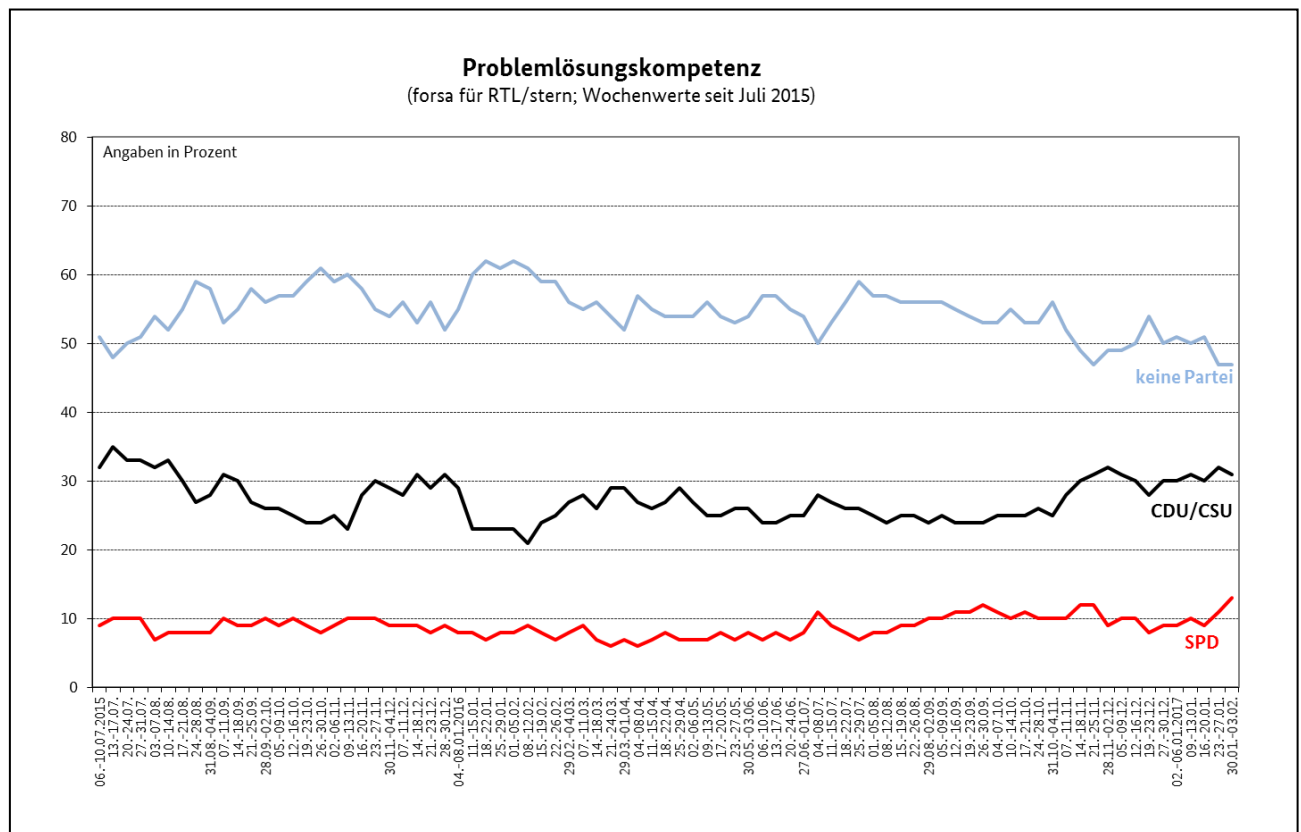
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	31 (-1)	
SPD	13 (+2)	
sonstige Parteien	9 (-1)	
keine Partei	47 (-)	
Erhebungszeitraum	30.01.-03.02.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 18 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

47 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

70 % (-3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 42 % (+1) von ihrer Partei.



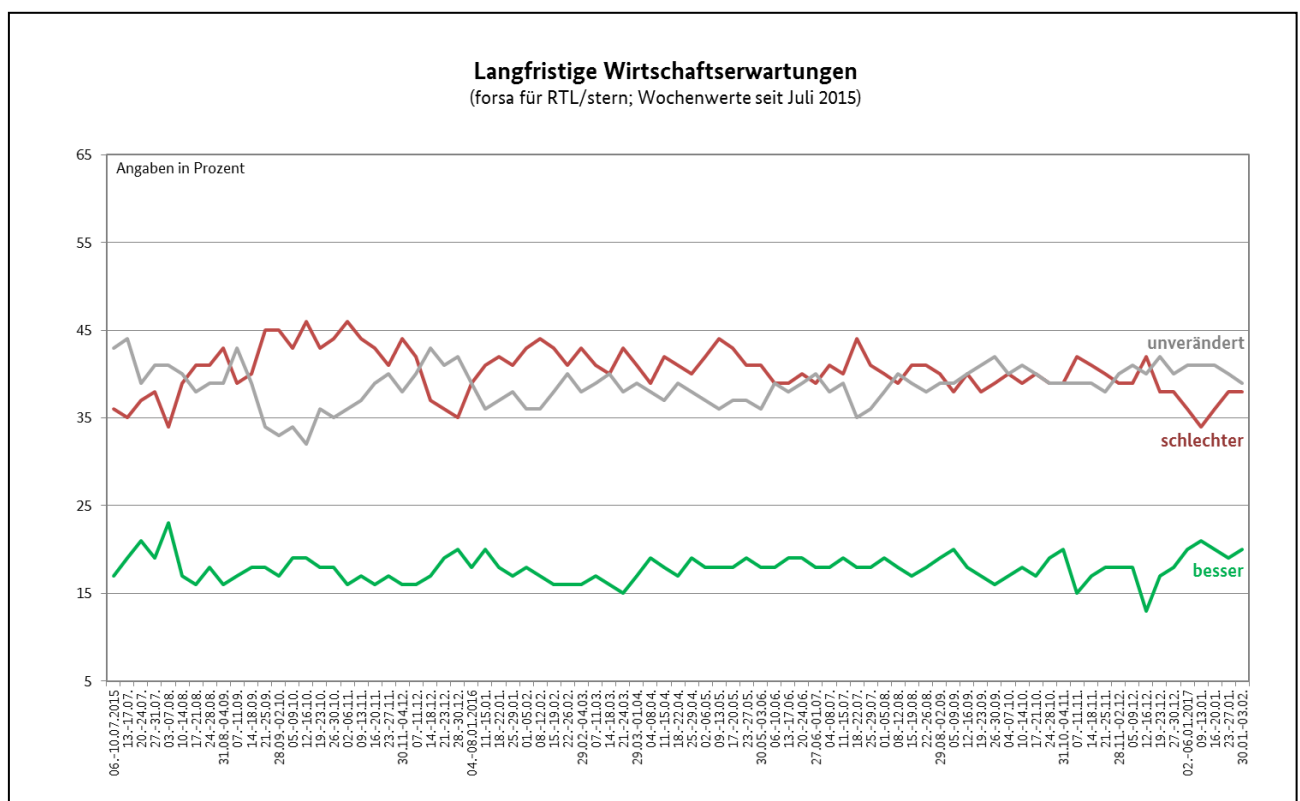
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	20	(+1)
schlechter	38	(-)
unverändert	39	(-1)
Erhebungszeitraum	30.01.-03.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 18 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 3

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	46 (-2)
eher in die falsche Richtung	46 (+3)
Erhebungszeitraum	30.01.-03.02.

Über 60-Jährige (51 %) sowie Anhänger der Union (63 %), der Grünen (56 %), der SPD (53 %) und der FDP (52 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Personen mit einfacher formaler Bildung (54 %) und 30- bis 44-Jährige (53 %) sowie für Anhänger der AfD (89 %) und der Linkspartei (70 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 3

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	86 (-2)	14 (+3)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	65 (-5)	29 (+6)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	47 (+1)	50 (-1)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	47 (-3)	51 (+2)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	40 (-2)	55 (+6)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	40 (+2)	56 (-1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	33 (-1)	63 (+2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	30 (-)	67 (-)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	30 (-6)	68 (+6)
Erhebungszeitraum	30.01.-03.02.	

Jeweils eine absolute Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (65 %) (sehr) zufrieden. In sieben von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Union (53 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (54 % zu 41 %). Ostdeutsche (61 %) sowie Anhänger der Linkspartei (78 %), der AfD (61 %) und der Grünen (55 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (71 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 45-Jährige (54 % zu 40 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (54 % zu 32 %). Ostdeutsche (61 %) und Anhänger der AfD (78 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Personen mit einfacher formaler Bildung (80 %), über 45-Jährige (74 %) und Personen mit mittlerem Einkommen (73 %) sowie Anhänger der Linkspartei (83 %), der AfD (78 %), der SPD und der Grünen (jew. 73 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit.

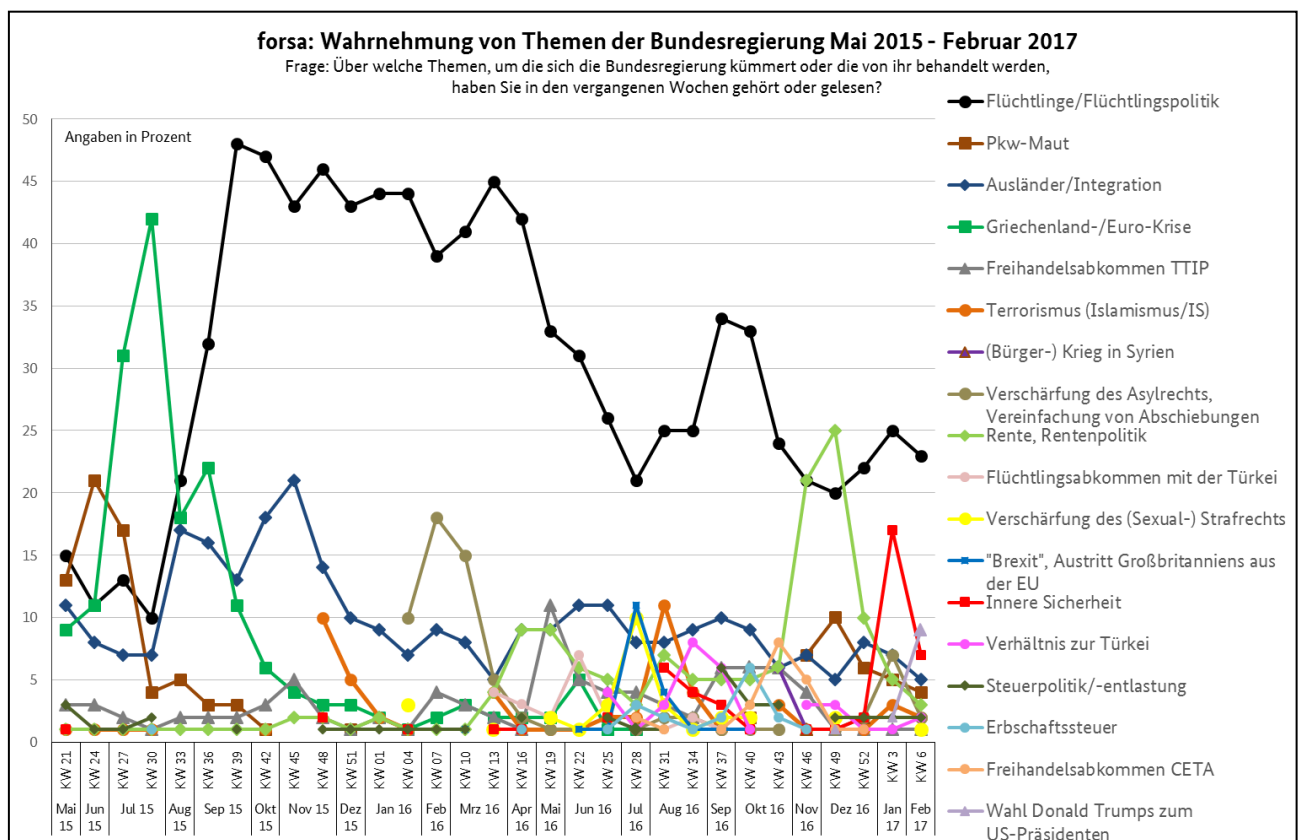
Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 3

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	23 (-2)
Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten	9 (+7)
Innere Sicherheit	7 (-10)
Ausländer/Integration	5 (-2)
Pkw-Maut	4 (-1)
Rente, Rentenpolitik	3 (-2)
Erhebungszeitraum	30.01.-03.02.

Die Flüchtlingspolitik ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Flüchtlingspolitik wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der AfD (29 %) und der Union (28 %) genannt. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (28 % zu 12 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (28 % zu 16 %). Ost-deutsche (17 %) nennen die Flüchtlingspolitik unterdurchschnittlich oft.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
US-Präsidentschaft Donald Trump, Wahl in den USA	56 (-7)
Kanzlerkandidatur SPD	13 (-2)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	12 (+1)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	11 (+6)
Erhebungszeitraum	07.-08.02.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der US-Präsidentschaft Trumps. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der FDP (66 %) und der Grünen (62 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (62 % zu 43 %). Ostdeutsche (46 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (47 %) sowie Anhänger der AfD (40 %) und der Linkspartei (47 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der SPD (19 %) nennen die Kanzlerkandidatur der SPD besonders häufig.

Anhänger der AfD nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik (27 %) und das Thema "Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" (18 %) überdurchschnittlich häufig.

